

# RS Vwgh 1991/1/22 90/08/0230

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 22.01.1991

## Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof

40/01 Verwaltungsverfahren

66/01 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz

## Norm

ASVG §412 Abs2;

AVG §45 Abs1;

VwGG §30 Abs2;

## Rechtssatz

Allein aufgrund der Höhe des Betrages der den Geschäftsführer einer GmbH nach § 67 Abs 10 ASVG treffenden Haftung (hier: 138.000,-- Schilling) und der Tatsache, daß über das Vermögen der GmbH ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, ist nicht iSd § 45 Abs 1 AVG offenkundig, daß mit dem Vollzug

des Bescheides für den Geschäftsführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre.

## Schlagworte

Darlegung der Gründe für die Gewährung der aufschiebenden Wirkung Begründungspflicht Unverhältnismäßiger Nachteil

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1991:1990080230.X02

## Im RIS seit

22.01.1991

## Zuletzt aktualisiert am

14.04.2010

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>